

öffentlich nicht öffentlich

SPD-Ratsfraktion Düsseldorf

Düsseldorf, den 4. Juni 2013

Herrn Oberbürgermeister
Dirk Elbers
Vorsitzender des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion zur Beschlussvorlage 61/25/2013 „ZUKUNFT WOHNEN“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der SPD-Ratsfraktion bitten wir Sie, folgenden Änderungsantrag zu TOP 11 „ZUKUNFT WOHNEN.DÜSSELDORF - Ein Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt“ (61/25/2013) auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 6. Juni 2013 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf verfolgt mit der Verabschiedung eines Handlungskonzeptes Wohnen das Ziel, dem Bedarf entsprechend ausreichend Wohnungen in allen Preissegmenten zu schaffen und zu erhalten. Damit soll eine gesunde Entwicklung der Stadt Düsseldorf gewährleistet werden, die vor allem auf einer guten sozialen Durchmischung beruht.

Der Rat weist deshalb die Beschlussvorlage „ZUKUNFT WOHNEN.DÜSSELDORF- Ein Handlungskonzept für den Wohnungsmarkt“ als unzureichend zurück und beauftragt die Verwaltung, diese zu überarbeiten.

Hierbei sind folgende Vorgaben zu beachten:

- 1. Im Handlungskonzept sind klare Ziele zu definieren, vor allem wie viele Wohnungen in welchen Preissegmenten und in welchem Zeitraum geschaffen werden sollen.**
- 2. Der Finanzbedarf für die im Konzept enthaltenen Maßnahmen ist darzustellen.**
- 3. Folgende Maßnahmen werden zur Erreichung o.g. Zielsetzung auf jeden Fall als notwendig erachtet:**
 - a. Verbindliche Festlegung folgender Quoten in allen Neubaugebieten:**
 - mindestens 30 Prozent geförderten Wohnraum**
 - mindestens 20 Prozent Wohnraum im mittleren Preissegment**

- b. Durch den - zeitlich befristeten - Verzicht der Stadt Düsseldorf auf Gewinnausschüttung und Pachtauszahlung, wird die Städtische Wohnungsgesellschaft AG (SWD) wieder in die Lage versetzt, eigenen Wohnungsbau zu betreiben. Die SWD wird verpflichtet, ihre Möglichkeiten zum Wohnungsbau in vollem Umfange zu nutzen.**
- c. Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Stadt und Wohnungsbau-Genossenschaften, um diese optimal beim Bau öffentlich geförderten Wohnungen zu unterstützen.**
- d. Einrichtung eines revolvingen Grundstückfonds zum Erwerb von Grundstücken zur Schaffung neuer Wohnbauflächen.**
- e. Schutz von Stadtquartieren und deren sozialer Strukturen mittels Milieuschutzsatzungen**
- f. Erlass und Anwendung einer Zweckentfremdungssatzung, um gewerbliche Nutzung bei bestehenden Wohnungen zu verhindern**
- g. Novellierung der Stellplatzschlüsselsatzung mit dem Ziel, Baukosten zu senken und Hindernisse bei Bauvorhaben zu reduzieren.**
- h. Förderung alternativer Wohnformen und Baugemeinschaften mit dem Ziel preiswerten Wohnungsbau und die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen.**

Sachdarstellung:

Die im April eingebrachte Vorlage „ZUKUNFT WOHNEN“ bietet keine nachhaltigen Lösungen, um das Problem des Mangels an Wohnungen im niedrigen und mittleren Preissegment in Düsseldorf zu beheben. Es fehlen klare Ziele, z.B. wie viele Wohnungen über welchen Zeitraum geschaffen werden sollen. Ebenso fehlen Angaben zu dem damit verbundenen finanziellen Aufwand. Wichtige kommunalpolitische Instrumente, Satzungen und Akteure finden keine Erwähnung im Handlungskonzept.

27 der 30 Maßnahmen sind nicht neu, sondern längst in Anwendung und haben bisher nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Eine kritische Bewertung dieser bekannten Maßnahmen findet im Konzept nicht statt.

Sowohl aus stadtplanerischer als auch aus sozialer Sicht entspricht die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung nicht dem Bedarf und der Situation am Wohnungsmarkt.

Weitere Begründung erfolgt ggf. in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen,

Andreas Rimkus

Markus Raub

Gerd Blatz